

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hans-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

Beitragsanpassung

**Beschluss des
Parteitags der Christlich-Sozialen Union
am 29./30. Oktober 2010 in München**

Leitantrag des Parteivorstandes „Beitragsanpassung“

Der Parteitag möge beschließen:

Der 75. Parteitag der CSU stimmt der vom CSU-Vorstand vorgeschlagenen Reform der Beitragsordnung zu. Der CSU-Parteitag schließt sich der Bewertung des CSU-Vorstandes an, dass mit einer moderaten Beitragserhöhung ab 2011 dem Gebot einer vorausschauenden Finanzplanung Rechnung getragen wird.

A. Begründung:

Die CSU ist eine solide finanzierte Partei. Dieses Markenzeichen unserer Parteiarbeit wollen wir bewahren. Wir wollen heute die Voraussetzung dafür schaffen, unsere finanzielle Solidität auch in Zukunft zu erhalten. Diesem Ziel dient eine moderate Beitragserhöhung. In den kommenden Jahren steht die CSU vor enormen finanziellen Herausforderungen. Die Wahljahre 2013 mit Landtags-, Bezirkstags- und Bundestagswahlen und 2014 mit Kommunal- und Europawahlen erfordern eine vorausschauende Finanzplanung. Mit der geplanten Beitragserhöhung ab 2011 vermeiden wir eine angespannte finanzielle Situation nach diesen vier Wahlkämpfen.

Die letzte Beitragsreform der CSU liegt zehn Jahre zurück. Seither sind die Kosten für alle Parteien, auch für die CSU, massiv gestiegen. Trotz großer Sparanstrengungen ist eine Beitragserhöhung deshalb notwendig. Dennoch bleibt die CSU mit weitem Abstand die Partei mit den niedrigsten Beiträgen in Deutschland.

Bei den künftigen Beiträgen soll es sozial ausgewogen, ehrlich und gerecht zugehen. Mit unserem neuen Finanzstatut greifen wir die gelebte Parteiwirklichkeit auf. Starke Schultern sollen mehr tragen als schwache Schultern. Auch in Zukunft setzen wir auf einen besonderen Beitrag unserer Amts- und Mandatsträger und wollen, dass per Saldo mehr Geld bei unseren Verbänden vor Ort bleibt.

1. Wir schlagen drei Beitragsstufen vor:

- **Basisbeitrag:** Der Basisbeitrag wird auf 62 Euro pro Jahr festgelegt. Das bedeutet eine Mehrbelastung um einen Euro pro Monat. Nach Steuern bedeutet dies eine jährliche Zusatzbelastung von sechs Euro.

- **Reduzierter Beitrag:** Für alle Geringverdiener (unterhalb der Einkommensteuergrenze), z.B. Studenten und Rentner, bleibt es auf Antrag bei dem bisherigen Beitragssatz von 50 Euro pro Jahr. Auch den Familienbeitrag halten wir mit 30 Euro je zusätzlichem Familienmitglied stabil. Auch in Zukunft können Mitglieder der Jungen Union auf Antrag einen halbierten Beitrag bezahlen.
 - **Leistungsbeitrag:** Bezieher höherer Einkommen ab einem jährlichen Bruttoeinkommen von 40.000 Euro sollen auf freiwilliger Basis (Selbsteinschätzung) einen Leistungsbeitrag von 120 Euro jährlich entrichten, Bezieher hoher Einkommen ab einem jährlichen Bruttoeinkommen von 60.000 Euro auf freiwilliger Basis (Selbsteinschätzung) einen Leistungsbeitrag von 200 Euro pro Jahr. Nach wie vor bleiben auch andere Beitragshöhen möglich.
2. **Wir setzen auch in Zukunft auf einen besonderen Beitrag unserer Amts- und Mandatsträger.** Die Regelungen für den besonderen Beitrag unserer Amts- und Mandatsträger wollen wir durch eine Umstellung der Fixbeträge auf Prozent-Regelungen vereinfachen und im Ergebnis vor allem gerechter machen. Europa-, Bundestags- und Landtagsabgeordnete sollen künftig einen Mandatsträgerbeitrag von 6,5 Prozent der jeweiligen Abgeordnetendiäten entrichten. Ebenso sollen Minister und Staatssekretäre 6,5 Prozent ihres Amtsgehaltes als Mandatsträgerbeitrag entrichten. Bei den kommunalen Wahlbeamten werden die A-Besoldungsstufen mit 4 Prozent des jeweils aktuellen Grundgehaltssatzes und die B-Besoldungsstufen mit 4,5 bzw. 5 Prozent des jeweils aktuellen Grundgehaltssatzes bemessen.
 3. **Wir wollen, dass per Saldo mehr Geld bei unseren Verbänden verbleibt.** Alle Beiträge über dem Basisbeitrag verbleiben zu 100 Prozent bei den einziehenden Verbänden. Die Struktur der Beiträge zwischen den Parteigliederungen bleibt wie bisher. Zahlt ein Mitglied den Leistungsbeitrag, verbleibt damit die Differenz zum Basisbeitrag vollständig beim einziehenden Verband, in der Regel beim Ortsverband.

Für den Basisbeitrag von 62 Euro ergibt sich folgende Verteilung und folgender Mehrerlös pro Mitglied:

Beitragsaufteilung:		Mehrerlös je Mitglied:
Ortsverband	11,66 €	2,26 €
Kreisverband	11,66 €	2,26 €
BWK	5,02 €	0,97 €
Bezirksverband	2,66 €	0,51 €
Landesverband	31,00 €	6,00 €

Beim verminderten Beitrag von 50 Euro bleibt es bei der bestehenden Beitragsaufteilung:

Ortsverband	9,40 €
Kreisverband	9,40 €
BWK	4,05 €
Bezirksverband	2,15 €
Landesverband	25,00 €

Beim Leistungsbeitrag von z.B. 120 Euro ergibt sich folgende Verteilung:

Ortsverband	69,66 €
Kreisverband	11,66 €
BWK	5,02 €
Bezirksverband	2,66 €
Landesverband	31,00 €

Die Aufteilung der Mitgliedsbeiträge erfolgt in dem Bewusstsein, dass sich das Parteivermögen vor allem bei den nachgeordneten Verbänden befindet.

4. **Wir wollen eine größere Beteiligung von Frauen in der CSU**

Wir wollen, dass mehr Frauen aus der Frauen-Union den Weg in die CSU finden. Bisher sind rund 40 Prozent der Mitglieder der Frauen-Union auch Mitglieder der CSU. Diesen Anteil wollen wir steigern. Dazu werden wir finanzielle Hürden abbauen. Deshalb wollen wir der Frauen-Union die finanziellen Nachteile ausgleichen, die ent-

stehen, wenn zukünftig ein Mitglied der Frauen-Union in die CSU eintritt. Damit wollen wir erreichen, dass mehr Mitglieder der Frauen-Union auch Mitglieder der CSU werden.

5. **Wir erwarten, dass die Sparpotenziale der CSU-Landesleitung weiter ausgeschöpft und dabei auch die Kosten des Bayernkuriers deutlich gesenkt werden.** Wir sind überzeugt, dass auch der Bayernkurier durch strikte Kostendisziplin einen deutlichen Sparbeitrag erbringen wird.

Zugleich wollen wir die Personalausgaben trotz Tarifierpassung so weit als möglich stabil halten. Von den Mitgliedern geforderte zusätzliche Aufgaben der CSU-Landesleitung, wie verbesserte Serviceangebote, wollen wir durch strukturelle Straffungen abdecken.

Wir nehmen zur Kenntnis, dass die CSU-Landesleitung und der Bayernkurier bereits in den letzten Jahren Sparpotenziale konsequent genutzt und ausgeschöpft haben.

B. Vorschlag des Parteivorstandes zur Änderung der Beitragsordnung:

Daher schlagen wir dem Parteitag vor, unsere Beitragsordnung, wie in der folgenden Synopse dargestellt, zu ändern.

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hans-Sudell-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP